

8. Standesinitiative: Asylkosten sollen vollständig vom Bund getragen werden

Parlamentarische Initiative Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Roman Schmid (SVP, Opfikon) vom 8. Juli 2024
KR-Nr. 248/2024

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Wir sind der Auffassung, dass der Bund sämtliche anfallenden Kosten tragen soll, welche das Asylwesen verursacht, und zwar bei Asylsuchenden sowie bei aufgenommenen Flüchtlingen während der ersten zehn Jahre ab Aufnahme.

Weshalb wollen wir das? Der Bund ist für das Asylwesen zuständig, also sollen Asylsuchende grundsätzlich in den Asylzentren des Bundes aufgenommen und nicht auf die Kantone und Gemeinden verteilt werden. Dies soll erst bei positivem Asylentscheid geschehen. Kantone und Gemeinden sollen vom Bund den vollen Kostenersatz während den ersten zehn Jahren nach Aufnahme erhalten.

Bei der Aufgabenteilung zwischen den Staatsebenen ist als Grundsatz das Äquivalenzprinzip massgebend. Das Äquivalenzprinzip gibt vor, dass sich der Kreis der Nutzniesser mit demjenigen der Kosten- und Entscheidungsträger decken soll, um Fehlanreize zu vermeiden, also getreu dem Motto: Wer befiehlt, soll auch bezahlen. Aktuell wird das Projekt «Entflechtung 27 – Aufgabenteilung Bund–Kantone» von Bund und Konferenz der Kantonsregierungen in Angriff genommen. Somit passt diese Standesinitiative auch aus staatspolitischen Gründen absolut in die Überprüfung von Aufgabenteilung und Verflechtungen.

Weiter erhoffen wir uns dadurch endlich Klarheit bezüglich aller entstehenden Kosten, Kosten wie Nahrung, Unterkunft samt Investitionen und Folgekosten, Betreuung, sämtliche administrativen Auslagen, auch Kosten im Bereich der Integration und des Volksschulwesens, für Spezialunterbringungen sowie Arzt-, Zahnarzt- und Pflegedienstleistungen und ebenso für administrative Massnahmen in der Strafverfolgung und im Justizvollzug.

Mit der heutigen Regelung werden den Kantonen und Gemeinden die Asylkosten mit oft unbeeinflussbaren Folgekosten überwältzt, ohne dass sie sich dazu im Vorfeld einbringen oder äussern könnten. Auch fehlt in jeglicher Hinsicht die Transparenz. Die enormen Kosten, welche das Asylwesen verursacht, werden dadurch verwässert und können nicht nachvollzogen werden. Ohne konkrete Zahlen als Basis wird eine fundierte Argumentation gegenüber anderen Staaten verunmöglicht. Eine klare Datenlage hingegen stärkt die Verhandlungsposition der Schweiz.

Danke, wenn auch Sie sich für eine starke Schweiz einsetzen und unser Anliegen unterstützen.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Diese PI von SVP und FDP ist in vielerlei Hinsicht fragwürdig. Sie fordern, dass sämtliche Kosten, die das Asylwesen ver-

ursacht, vom Bund übernommen werden. Das ist schon eine relativ plumpe Formulierung. Nun, über eine Anpassung, insbesondere eine Erhöhung der Kostenbeiträge des Bundes an die Kantone, darüber könnten wir durchaus diskutieren. Die Begründung ihrer PI zeigt aber, dass es den Verfasserinnen und Verfassern nicht um eine Verbesserung der Zustände im Asylwesen und auch nicht um eine grundsätzliche Verbesserung oder Unterstützung für die Gemeinden geht, sondern einfach wieder einmal um Stimmungsmache gegen Asylsuchende.

Bereits heute wird ein grosser Teil der Kosten im Asylwesen vom Bund übernommen und als Pauschalen an die Kantone ausbezahlt, die für die Umsetzung diverser Aufgaben im Asylwesen zuständig sind. Die SP würde eine Harmonisierung der Kosten und eine stärkere Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung befürworten. So könnten wir verhindern, dass es im Asylbereich grosse Qualitätsunterschiede gibt innerhalb der Gemeinden. Solche Versuche zur Qualitätssicherung im Asylbereich wurden aber bisher von bürgerlicher Seite jedes Mal blockiert.

Und wie wir alle wissen: Eine Standesinitiative ist selten ein sinnvolles Instrument. Wir als grösster Kanton haben zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter in Bundesbern. Sie könnten konkrete Anliegen dort einbringen.

Und zuletzt: Wenn Sie Kosten im Asylwesen senken möchten, könnten wir beispielsweise geflüchteten Menschen ermöglichen, baldmöglichst eine Ausbildung zu beginnen. Mit der Ablehnung der Änderung im Bildungsgesetz (*kantonale Abstimmung am 22. September*) verhindern Sie genau dies. Ich bin sicher, das Volk wird das anders sehen. Die SP lehnt diese scheinheilige PI ab. Besten Dank.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Obwohl auch wir bezüglich Standesinitiativen sehr zurückhaltend sind, sehen wir es bei diesem Thema aus mindestens zwei Gründen für angezeigt:

Erstens: Die Gemeinden und die Kantone sind mit der aktuellen Situation des Asylwesens betreffend grundsätzlich und zunehmend überfordert. Sie kommen jetzt wirklich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, und zwar finanziell wie auch organisatorisch. Nicht nur die Unterbringung fordert enorm, sondern auch die personellen Ressourcen werden überstrapaziert. Um rasche Abhilfe zu schaffen und die Situation schnell zu entschärfen, braucht es dringlich deutliche Massnahmen vonseiten des Bundes.

Zweitens: Wie bereits gehört, wurde aktuell das Projekt «Aufgabenteilung Bund–Kantone» von Bund und Konferenz der Kantonsregierungen, KDK, in Angriff genommen. Bei der Aufgabenteilung zwischen den Staatsebenen ist als Grundsatz das Äquivalenzprinzip massgebend. Dieses gibt vor, dass sich der Kreis der Nutzniesser mit demjenigen der Kosten- und Entscheidungsträger decken soll, um Fehlanreize zu vermeiden. Diese Standesinitiative passt somit auch aus staatspolitischen Gründen zeitlich hervorragend in diese Überprüfung der Aufgabenteilung und Verflechtungen. Wir bitten Sie deshalb, im Interesse von Kanton und Gemeinden dieser Standesinitiative zuzustimmen. Besten Dank.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Man staunt, wie schnell es dieser Vorstoss auf die Traktandenliste geschafft hat. Erst am 8. Juli dieses Jahres eingereicht und schon im Rat, ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Warum es eine Standesinitiative braucht, erschliesst sich nicht. Der Kanton Zürich hat keine besondere Betroffenheit oder ein besonderes Interesse. Die hohen Asylzahlen und die damit verbundenen Kosten belasten alle, Bund, Kantone, Gemeinden. Das Asylwesen ist eine Verbundaufgabe. Die grossen Herausforderungen lösen wir nur miteinander, nicht gegeneinander. Es braucht die Zusammenarbeit von Bund, Kanton und Gemeinden, um die schwierige Situation zu meistern. Sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben und einen «Kassenkampf» loszutreten, löst rein gar nichts. Aber wahrscheinlich geht es bei diesem Vorstoss gar nicht darum, irgendein Problem zu lösen, sondern um die Profilierung, Symbolpolitik und darum, die eigene Klientel zu bedienen.

Es ist ja nicht so, dass sich der Bund nicht an den Asylkosten beteiligen würde. Er vergütet den Kantonen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene während mehrerer Jahre Pauschalen und leistet damit einen substanziellen Kostenbeitrag. Die hohe Zahl der hängigen Asylverfahren ist tatsächlich ein Missstand. Da ist der Bund ja jetzt endlich daran, die Verfahren zu beschleunigen und mit zusätzlichem Personal die Pendenzen abzubauen. Die Bundesräte von SVP und FDP hätten es im letzten Dezember in der Hand gehabt, ins EJPD (*Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement*) zu wechseln, das Asylossier zu übernehmen und alles besser zu machen. Es bleibt ihr Geheimnis, warum sie das nicht getan haben. SVP und FDP sind im Bundesparlament gut vertreten. Es steht den National- und Ständeräten dieser Parteien frei, in Bern einen solchen Vorstoss einzureichen. Eine Standesinitiative braucht es nicht. Wir Grünliberalen unterstützen diese parlamentarische Initiative nicht.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Einmal mehr steht die FDP beim Thema «Asyl» wie ein «Fifi bei Fuss» an der Seite der SVP. Sie verlangen mit der SVP, dass die Asylkosten vollständig vom Bund getragen werden sollen. Die Begeisterung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter über diesen Vorstoss wird sich vermutlich in Grenzen halten. Trotzdem, SVP und FDP sind mit vier Personen im Bundesrat vertreten. Die SVP ist mit 67 Sitzen die stärkste Fraktion, und auch die FDP ist mit 28 Sitzen im Nationalrat vertreten. Also machen Sie ihre unsympathische Politik in Bern, denn dort gehört dieses Anliegen auch hin. Der Bund weist dem Kanton Zürich knapp ein Fünftel der Personen zu, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen. Um die Betreuung und Unterbringung kümmern sich der Bund, der Kanton und die Gemeinden, sprich: Das ist eine Verbundaufgabe. Sollte der Bund für die Kosten allein aufkommen, würde er auch bestimmen, was die Kantone und die Gemeinden zu tun hätten. Dann wäre fertig mit Gemeindeautonomie, und das wäre vielleicht in Teilen sogar gut. Dann müssten immerhin alle die Integrationsagenda tatsächlich umsetzen. In einem Folgemandat zur Integrationsagenda Schweiz haben sich Bund und Kantone darauf geeinigt, das gesamte Finanzierungssystem zu überprüfen, die verschiedenen Bereiche des Asyl- und Flücht-

lingswesen, namentlich die Betreuung, die Sozialhilfe und die Integrationsförderung, optimal aufeinander abzustimmen und allfällige Fehlanreize im System zu beseitigen. In der Vernehmlassung dazu, zur Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 2. Februar 2022, hat sich die SVP als einzige Partei dagegen ausgesprochen. Die FDP hingegen hat gemeinsam mit der SP zugestimmt. Ja, liebe FDP, ihr seid einfach nicht glaubwürdig.

Noch etwas: SVP und FDP beklagen sich über hohe Kosten im Asylbereich. Gleichzeitig sind Sie nicht bereit, vorläufig aufgenommen Personen nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und wehren sich gegen das Bildungsgesetz, über das wir am 22. September 2024 abstimmen. Dabei würde gerade ein Ja zum Bildungsgesetz die Sozialhilfekosten senken und längerfristig den Staatshaushalt entlasten. Selbstverständlich lehnen wir Grünen diese PI ab.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte ist der Ansicht, dass die Aufgaben und die Finanzierung, wie sie heute bestehen, sinnvoll sind. Wir geben zu, es ist ein Problem, dass die Verfahren eindeutig zu lange dauern. Aber mit dieser Standesinitiative lösen wir dieses Problem nicht. Wir werden nicht unterstützen.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Wir von der EVP unterstützen Standesinitiativen höchst selten. Auch in diesem Fall ändern wir in unsere Praxis nicht. Der Bund trägt bereits einen grossen Anteil der Kosten im Asylbereich, so zum Beispiel bei der Unterbringung in den Bundesasylzentren, Integrationsgelder in Form der Integrationsagenda, und er steuert ebenfalls Gelder für das Leben in Gemeinden bei. Das heisst, die Kantone und die Gemeinden werden bereits vom Bund unterstützt, und das ist gut so. Wir sprechen uns für den Status quo aus und unterstützen die PI nicht.

Roman Schmid (SVP, Opfikon): Ja, ob eine Standesinitiative immer das richtige Mittel ist, darüber wird ja hier drin ab und zu diskutiert. Aber nein, kein Schelm, wer Böses denkt, warum diese PI jetzt an die Reihe kommt. Wenn Sie auf die Traktandenliste schauen, dann sehen Sie, dass unsere eingereichte PI die letzte PI ist, die in diesem Rat behandelt wird, darum wird sie heute auch behandelt. Wir sind im Moment einfach sehr speditiv unterwegs.

Und die Sachlage ist eigentlich sehr klar, darum leider auch sehr ernst: Der Bund befiehlt und zahlt, der Kanton delegiert weiter und zahlt, und die Gemeinden führen aus und zahlen und haben obendrauf nichts zu sagen. Es ist also so, dass alles nach unten delegiert wird, jene an der Front, jene, welche sich jeden Tag mit den Fragen und den Problemen herumschlagen: Wo bringe ich in den nächsten zwei Wochen 25 weitere Personen unter? Wer soll diese 25 Personen weiter betreuen? Wie viele Schulkinder müssen wie in die Schule integriert werden? Wann können wir die neue Quote von 1,6 Prozent erfüllen? Und wie stellen wir genügend Wohnraum in so kurzer Zeit zur Verfügung?

Wir fühlen uns vom Bund im Stich gelassen und bleiben auf den Kosten sitzen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes. Tagtäglich wird auf den Sozialämtern Grosses geleistet, um dieser Asylkrise bestmöglich begegnen zu können. Und die

Exekutiven der Städte und Gemeinden stehen vor immer grösseren Ausgaben und müssen die Budgets des Asylwesens, meistens im Konto 4562, Jahr für Jahr massiv erhöhen, was den Druck auf die Stadt- und Gemeindekassen massiv erhöht und auch in diesem Spätherbst an vielen Budgetsitzungen und Gemeindeversammlungen zu grossen Diskussionen führen wird; Ausgaben, welche das Ausland und der Bund zu verantworten haben, Ausgaben, welche wir dem Absender auferlegen wollen.

Und es hat noch nie jemand über Zahlen gesprochen, offensichtlich macht man das nicht so gerne, aber ich kann Ihnen gerne Auskunft geben, was unten dabei rauskommt: Nettoausgaben im Jahr 2021 im Asylwesen der Stadt Opfikon 859'000 Franken; das ist nicht viel, entspricht etwa 0,9 Steuerprozent. Im Jahr 2022 stiegen dann die Ausgaben auf 2,61 Millionen Franken. Wir nahmen 1,14 Millionen Franken ein, entspricht Nettoausgaben von 1,47 Millionen Franken oder 1,6 Steuerprozenten. Das letzte Jahr, das sauber abgerechnet werden konnte, war das Jahr 2023: Die Ausgaben steigen auf 3,75 Millionen und die Einnahmen auf 1,44 Millionen, Nettoausgaben 2,31 Millionen Franken, wir sind bereits bei 2,5 Steuerprozenten. Das Budget 2024 sah sehr gut aus. Leider wurde nicht damit gerechnet, dass die Quote noch einmal ansteigen wird. Somit werden wir 3 Millionen Franken Nettoaufwand in diesem Konto haben und im Jahr 2025 werden wir etwa 4 Steuerprozent für das Asylwesen ausgeben müssen. Wir sprechen nicht von nichts. Die nächste Steuererhöhung wird auch mit den Asylkosten in Verbindung gebracht – nicht nur, aber auch –, Geld, welches zum Beispiel in dringende Investitionen fliessen soll und muss. Wir sind also eigentlich die Milchkuhe von Bern, und das Paradoxe daran ist, dass wir die Milch noch gratis an die Grossmolkerei abgeben müssen. Und da wollen wir in Zukunft nicht mehr mitmachen, das ergibt keinen Sinn.

Es geht heute nicht darum, Kriegsversehrte nicht mehr zu unterstützen. Nein, dies schulden wir ja aus unserer humanitären Tradition heraus, und ich gehe davon aus, dass alle auch damit einverstanden sind. Aber es geht darum, dass Bern die Zügel hätte enger halten können. Wir sprechen hier von 25-jährigen Männern, 7500 aus den Maghreb-Staaten, welche die Staatskasse belasten. Und jetzt hat der Bundesrat nach drei Jahren mal etwas reagiert, das ist einfach zu spät und die Bevölkerung findet diese Situation je länger nicht mehr lustig und tragbar. Und es sind schlussendlich alle hier drin die Steuerzahlenden, welche diese Kosten ...
(Die Redezeit ist abgelaufen.)

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich muss sagen, auch ich bin es wirklich leid, dass die Kantonsratssitzungen von rechter Seite für Propaganda missbraucht werden (*Unmutsäusserungen*). Um die Sache kann es Ihnen hier nicht gehen. Es ist absolut unverständlich, dass die Partei mit den meisten Sitzen im Nationalrat eine Standesinitiative einreicht, welche die vollständigen Asylkosten dem Bund auferlegen will; und das zur gleichen Zeit, wo die gleiche Partei in einem Brief an die Finanzministerin (*Bundesrätin Karin Keller-Sutter*) schreibt, dass auf Bundesebene die Kosten für das Asylwesen halbiert werden sollen. Das ist eine Farce. Um die Sache kann es Ihnen also nicht gehen. Das ist, wie Leandra Columberg es

bereits richtig festgestellt hat, ganz einfach wieder einmal Stimmungsmache gegen Asylsuchende, welche eigentlich unseren Schutz und unsere Unterstützung nötig hätten. Wenn es Ihnen um die Sache ginge, wenn ich Sie wirklich ernst nehmen würde, dann kann das nur eines bedeuten: Sie wollen gar kein Geld mehr investieren in Asylsuchende. Sie wollen sie nicht in die Gemeinden und Kantone verteilen, sondern sie in Lager stecken, aus dem Land werfen oder gleich gar nicht reinlassen. Sie wollen nicht, dass Asylsuchende eine Lehre machen können. Sie wollen nicht, dass sie ihr wenig Geld selbstbestimmt ausgeben können. Sie wollen Gratisarbeit von ihnen und eine verzögerte Einschulung. Sie wollen für diese Personen mehr Diskriminierung, mehr Segregation, den Ausschluss aus der Gesellschaft. Solche Forderungen sind wirklich beängstigend und erinnern mich an dunkle Zeiten.

Ich sage es Ihnen hier klar und deutlich: Die Alternative Liste wehrt sich ganz vehement gegen diese Absage an die Solidarität, diese Absage an den Humanismus und die Absage an die Menschlichkeit. Das Asylwesen ist eine Verbundsaufgabe, und wir sind und bleiben eine Migrationsgesellschaft. Asylsuchende sollen schnellst- und bestmöglich in die Gesellschaft in den Gemeinden und Kantonen integriert werden, sodass sie dort auch ihren Teil zur Gesellschaft beitragen können, wovon ebendiese Gemeinden und Kantone wieder profitieren werden. Diese Menschen sind hier im Kanton Zürich. Hier wohnen sie, hier essen sie, hier gehen sie zur Ärztin und zur Schule. Dazu muss der Kanton seinen Beitrag leisten, und wir werden alles daransetzen, dass das auch so bleibt. Besten Dank.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Gemeindevertreter ächzen unter der Last, das scheinen Sie überhaupt nicht wahrzunehmen. Nur so kann ich mir die nebulösen Äusserungen erklären, wie plump, scheinheilig, unsympathisch. Sie sprechen von Schuldzuweisung, von Profilierung. Was wir eigentlich möchten, ist eine Transparenz der Kosten – das habe ich explizit auch erwähnt –, und Sie scheinen sich damit zufrieden zu geben, dass die Kosten weiter im nebulösen Nirvana sind und einfach nicht konkret benannt werden können. Ich finde das sehr schade.

Ratsvizepräsidentin Romain Rogenmoser: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 248/2024 stimmen 71 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratsvizepräsidentin Romain Rogenmoser: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

